

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten MMMag. Dr. Axel Kassegger
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Energiepreisstabilisierungspaket 2025**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 1: Erklärung des Bundeskanzlers gemäß § 19 Abs. 2 GOG-NR anlässlich der Ernennung eines neuen Bundesministers für Finanzen gem. Art. 71 B-VG in der 3. Sitzung des Nationalrates am 20. November 2024

Österreich ist nach wie vor durch hohe Energiepreise stark belastet: Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande höher. Dadurch wird insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben, so eines der Ergebnisse des WIFO in seiner mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029 (WIFO Monatsbericht 10/24). Erdgas dürfte laut Wifo-Prognose im Zeitraum 2025 bis 2029 rund 1,5-mal so viel und Strom doppelt so viel kosten wie noch 2018/2020. (APA0200 5 WI 0480 II Aktualisiert APA0117/07.11 Do, 07.Nov 2024)

Dazu kommt, dass aufgrund der jüngsten Entwicklungen am Gasmarkt infolge des seitens Russlands angekündigten Gaslieferstopps weitere Preiserhöhungen nicht ausgeschlossen werden können. Der ehemalige OMV-Chef Gerhard Roiss sieht in diesem Zusammenhang die Regierung in der Pflicht, gegen drohende Gaspreiserhöhungen aktiv zu werden und er plädiert für Maßnahmen, „damit hier nicht der Konsument das Opfer ist.“ (orf.at, 15.11.2024)

Anstatt endlich die Interessen Österreichs in den Mittelpunkt zu stellen, werden nicht nur dringend erforderliche standortpolitische Maßnahmen im Sinne der heimischen Wirtschaft und Industrie verhindert, sondern es wird auch das Auslaufen wesentlicher Unterstützungen für die Österreicherinnen und Österreicher mit Ende des Jahres 2024 und damit zusätzliche Belastungen insbesondere im Energiebereich in Kauf genommen.

So fallen aus jetziger Sicht eine Reihe von Entlastungen oder Zuschüssen mit Jahresende 2024 weg, was zu enormen zusätzlichen Belastungen für die Österreicherinnen und Österreicher führen wird.

Allein durch den Wegfall der so genannten „Strompreisbremse“, die bis Jahresende 2024 die Stromkosten mit 10 Cent/kwh bis max. 25 Cent/kwh für einen Jahresverbrauch von 2900 kwh (mit Zusatzkontingenten für Mehrpersonenhaushalte) deckelt, kann es zu enormen zusätzlichen Belastungen kommen. „Für einen durchschnittlichen Haushalt dürfte damit der Arbeitspreis für Strom, so schätzt das Wifo, um bis zu 30 Prozent steigen. (Heute, 02.10.2024)

Ohne Strompreisbremse kann ein drei- bis vierköpfiger Haushalt durch den Wegfall ab Jänner auf Mehrkosten von rund 435 Euro pro Jahr kommen, so das Ergebnis einer Analyse von „durchblicker“. (OTS0041 5 WI 0768 BTT0001 Di, 19.Nov 2024)

Darüber hinaus werden mit Jahresbeginn 2025 die derzeit reduzierte Elektrizitäts- und Erdgasabgabe sowie die derzeit ausgesetzte Erneuerbaren-Förderpauschale und der Erneuerbaren-Förderbeitrag wieder in voller Höhe schlagend und führen zu weiteren finanziellen Belastungen für die Haushalte.

Damit nicht genug werden die Netztarife ab dem kommenden Jahr - voraussichtlich im Durchschnitt um 23,1 Prozent beim Strom und 16,6 Prozent beim Gas - stark angehoben. „Eine Erhöhung um 20 Prozent, mit der AK-Energieexperte Joel Tölgyes bei den Netztarifen im kommenden Jahr rechnet, würde netto, also abzüglich der Mehrwertsteuer, einem Anstieg der Netzkosten für jeden österreichischen Haushalt von derzeit durchschnittlich 300 Euro pro Jahr auf dann 360 Euro entsprechen.“ (Günther Strobl, 9. Oktober 2024, Standard)

Angeichts der steigenden Netzkosten für Strom und Gas im kommenden Jahr hat der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler (ÖVP) eine Verlängerung der Strompreisbremse gefordert: „**Das Auslaufen mit Ende des Jahres würde die Situation weiter verschärfen**, sagte er am Montag gegenüber der APA. „Außerdem sind die Entwicklungen der internationalen Energiemärkte weiterhin äußerst unsicher, wie sich nicht zuletzt rund um die Gaslieferungen gezeigt hat“, so Drexler.

„**Es gilt die drohenden Erhöhungen der Stromrechnungen der heimischen Haushalte abzufedern**“, so Drexler weiter. „**Der zähe Weg zu einer neuen Bundesregierung darf nicht zulasten der Bürger gehen.**“ (SN, 18. November 2024)

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit welcher nachstehendes Energiepreisstabilisierungspaket 2025 im Interesse der Endverbraucher umgesetzt wird:

- Verlängerung der „Strompreisbremse“
- Verlängerung der reduzierten Elektrizitäts- und Erdgasabgabe
- Verlängerung der Nichteinhebung der Erneuerbaren-Förderpauschale sowie des Erneuerbaren-Förderbeitrages.“


CARLOS BAUER
(SANDNER)
(KASSEHORN)
(FÜRST)

